

b) Josephvereine als gemischte Vereine für junge Handwerker und Arbeiter in Gemeinden, wo besondere Ständevereine nicht möglich oder nicht nötig sind;

### 2. für die jungen Arbeiter:

- a) Vereine junger Arbeiter in Gemeinden mit großer Arbeiterbevölkerung,
- b) Jugendabteilungen des Arbeitervereins oder auch Kongregationen mit einer älteren Abteilung in Gemeinden mit fast nur Arbeiterbevölkerung,
- c) Josephvereine (siehe oben);

### 3. für die Angehörigen der übrigen Stände:

- a) Ältere Abteilungen der Kongregationen, wenn genügende Anzahl dafür vorhanden ist, sonst
- b) die gewöhnliche Seelsorge.

Die vorstehenden Grundzüge sind auch in dem schon erwähnten Buche von Dr. Pieper über Jugendfürsorge und Jugendvereine empfohlen. Die hier genannten Vereinsarten aber stehen in engen Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften, sie händigen ihnen die Listen der für die Gewerkschaften reifen Mitglieder aus und sorgen dafür, daß auch die nach andern Orten verziehenden Jugendlichen der „christlichen Sache“ nicht verloren gehen.

Es versteht sich, daß die bürgerliche Jugendbewegung auch all die andern tauglichen Mittel anwendet, um die heranwachsende Generation an die bürgerliche Gesellschaft zu fesseln: Unterhaltung, Spiel, Sport, Literatur, Fachbildung, Unterhaltung während der Militärdienstzeit. Sie kann das in höherem Maße als die proletarische Jugendbewegung, da sie über unendlich größere Mittel verfügt und infolge der Protektion durch Behörden, Schule, Kirche und Unternehmer auch vielfach leichteres Arbeiten hat. Um so mehr erwächst für die Organisationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, für Partei und Gewerkschaften, die Pflicht, alles zu tun, was geeignet ist, der proletarischen Jugendbewegung die Wege zu ebnet. Die wichtigste Aufgabe des Augenblicks aber ist Schaffung einer einheitlichen Organisationsform selbständiger Jugendorganisationen unter Mitbeteiligung Erwachsener an der Verwaltung der Vereine. Die jetzige Zersplitterung in selbständige Vereine, Jugendauschüsse und gewerkschaftliche Jugendorganisationen schwächt die Kräfte und lähmt die bitter notwendige Aktionskraft. Der Leipziger Parteitag wird sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er die Steine aus dem Wege räumt, die die kräftige Vorwärtsentwicklung der proletarischen Jugendbewegung jetzt noch hemmen!

Alfred Reimling.

## Zur Maifeierfrage.

Die Gegner der Arbeitsruhe am 1. Mai machen sich die Arbeit leicht. Gerade so leicht, wie der Richter, der dem armen Umfel, der ein Brot gestohlen hat, als erschwerenden Umstand anrechnet, daß er arbeitslos war. Die Arbeitslosigkeit als Ursache des Diebstahls anzusprechen, daran denkt der Hüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht. Die Maifeiergegner, die so gern mit ihrer „Realpolitik“ toletieren, verwechseln auch Ursache und Wirkung. Was als durchschlagender Wesensgrund ihres Forderens vorgeführt wird, ist in der Hauptsache Folge ihres kurzlichtigen, wenn auch gutgemeinten Tuns. Die Maifeier hat noch keinen überwältigenden Umfang angenommen! Mit gewichtiger Mene konstatieren sie's. Dit Tatsache stimmt. Die Unternehmer hassen die Maifeier, sie wollen die Arbeitsruhe nicht dulden! Auch diese Kenntnis aus der realpolitischen Praxis lassen wir als unbestreitbar gelten. Und die Maifeier erfordert Opfer, zwingt uns in Kämpfe! Nichts wissen wir gegen diese Offenbarung zu sagen — als daß es unserer Meinung nach im Klassenkampf ohne Kämpfe und Opfer nicht abgehen kann. — Aber die Opfer stehen in keinem Verhältnis zu dem Erfolg! So sagen die Gegner der Arbeitsruhe, die einer Limonaden-Maifeier, zu der das Unternehmertum sogar seinen Segen gibt, das Wort reden.

Die praktischen Erfolge, die Summe der moralischen Stärkung der Arbeiterbewegung durch die Maifeier läßt sich einfach nicht abmessen, läßt sich nicht in Pfennigen und Tarifparagrafen vergegenständlichen. Was die Maifeier propagandistisch für die Verführung der Arbeitszeit, was sie als Hebel und Treiber der Sozialpolitik geleistet hat, das kann man nicht messen, — aber abzuleugnen. Jedoch das läßt sich nicht leugnen, daß manche gewerkschaftlichen Erfolge, manche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse unmittelbar an die Maifeier anknüpfen. Mit überlegenem Lächeln kann man vielleicht beweisen, daß man den Wert der Maifeier als moralische Kraftquelle des proletarischen Emanzipationskampfes nicht erkennt. Aber damit kann man nicht die Tatsache abstreiten, durch kurzlichtiges Verhalten gerade jene Umstände mit verschuldet zu haben, die nun als die schwerwiegendsten gegen die Arbeitsruhe ins Feld geführt werden: schwache Beteiligung und Widerstand des Unternehmertums.

Durch systematische Agitation gegen die Arbeitsruhe hat man die Arbeiter abgeschreckt, anstatt sie anzufeuern, — und in gleicher Weise zeigte und stärkte man den Widerstand der Unternehmer gegen die würdigste Form der Maifeier.

Einige Tatsachen mögen das belegen. Kurz vor der Maifeier im Jahre 1900 verbandte der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes an die Funktionäre ein Zirkular, in dem er vor der Arbeitsruhe am 1. Mai warnte. Die Maifeier wurde als politische, als leere Demonstration charakterisiert. Das Schreiben übte den Unternehmern nicht unbekannt, die Anweisung des Metallarbeiterverbandes gegen die Maifeier auszuführen, unterließ natürlich nicht. In Betrieben, in denen die Arbeiter sich den 1. Mai schon erpöbt hatten, wurde der Maifeier das Lebenslicht ausgeblasen. Wenn der Vorstand des Metallarbeiterverbandes das auch nicht gewollt hat, es war das aber die Folge seiner „Realpolitik“. Die Generalversammlung des Verbandes in Nürnberg 1901 beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Reichelt sagt da laut Protokoll:

Der Vorstand hat ferner in die Frage der Maifeier eingegriffen, um dem Verbands unnütze Kosten zu ersparen. In den Monaten Februar und März 1900 ging bei uns eine Reihe Anmeldungen von Lohnbewegungen ein, darunter solche von sehr bedeutendem Umfange. Wollten wir diesen Bewegungen zum Siege verhelfen, so müßten wir mit den Mitteln des Ver-

bandes haushälterisch umgehen. Man wurde in früheren Jahren nach unsern Erfahrungen häufig der 1. Mai gefeiert ohne Rücksicht darauf, ob die Feier durchführbar ist, und ohne Rücksicht auf die Folgen. Ja, oftmals traten Kollegen, wenn sie ein oder zwei Tage ausgeperrt waren, mit Forderungen an die Unternehmer heran, ohne die Bewegung vorbereitet zu haben und ohne zu prüfen, ob die so plötzlich inszenierte Bewegung Erfolg haben kann. Aus diesen Erfahrungen der vergangenen Jahre mußte der Vorstand lernen, wenn er seine Pflicht erfüllen wollte; er hätte geradegu seine Pflicht verlegt, wenn er nichts getan hätte, um den Verband vor solchen impulsiven Lohnbewegungen zu schützen. Hätte die Maifeier dem Verbands große Ausgaben verursacht, so hätten wir nicht die angemeldeten Lohnkämpfe durchführen können, und wir würden ungünstig abgeschlossen haben. Aus diesen Gründen haben wir jenes Zirkular verfaßt, das bekanntlich so sehr der Kritik ausgesetzt war.

Eigentlich noch deutlichere Auskunft über die Motive des Warnbrieves hatte der Vorstandsvorstand schon gegeben in seinem schriftlichen Bericht an die Generalversammlung. Darin heißt es:

Die von Jahr zu Jahr sich steigenden Ansprüche an die Verbandskasse wegen Aussperrungen infolge der Arbeitsruhe am 1. Mai, sowie die Wahrnehmung, daß die Arbeitsruhe auch ohne Verständigung mit den Unternehmern und gegen den Willen derselben, ohne Rücksicht auf etwa ausbrechende Konflikte und ohne Rücksicht auf die Wirkung solcher Konflikte auf die aus Verbandsmitteln sonst zu unterstützenden Kämpfe und vorbereiteten Lohnbewegungen durchgeführt wurde, veranlaßten den Vorstand, die Mitgliedschaften im März 1900 in geschlossenem Briefe durch ein Zirkular unter Berufung auf Beschlüsse früherer Parteitage darauf aufmerksam zu machen, daß die Arbeitsruhe nicht auf jeden Fall, sondern nur dort, wo es ohne Konflikt mit den Unternehmern möglich war, durchgeführt werden sollte.

Also Maifeier nur mit Genehmigung des Unternehmertums, — Maifeier — in der Form, wie es den Herren in Hause beliebte. Bei den Mitgliedern fehlte für solche Flaumacherei damals der nötige Reaktionsboden. Der Vorstand konnte nur wenigen Bestands sich erheuen, die Mehrzahl der Delegierten wandte sich gegen ihn. Rörsten-Berlin allerdings beschwor die Generalversammlung, einer vorliegenden Resolution die Zustimmung zu verjagen, weil die Maifeier dem Verband sonst vielleicht — 100 000 M. kosten könnte. Solche Beklemmungen hatte folgender Passus hervorgerufen:

In allen Betrieben, wo drei Fünftel der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschlusse zu fügen.

Das durch diese Resolution, die mit 121 gegen 60 Stimmen Annahme gefunden hat, geschaffene bedingte Obligatorium war trotz des guten Willens der Generalversammlung sicherlich keine Förderung der Maifeier, beschränkte es sich doch auf solche Betriebe, wo man von einer Herrschaft der Organisation sprechen konnte. Und doch wurde weiter gebremst, gegen die Arbeitsruhe minter. Wir graben als Beweis folgende Redebiliten aus:

(Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes 1900):  
Cohen-Berlin: „Es wird nur noch sehr wenige Betriebe geben, wo jetzt überhaupt die Feier des 1. Mai möglich ist, und wenn wegen der Maifeier Aussperrungen erfolgen, so wird die Möglichkeit des Bezuges der Unterstützungen so eingeschränkt, daß ich glaube, es geschieht des Guten eigentlich zu viel. Ich wäre eher dafür zu haben, daß wir einmal mit der Maifeier gründlich ausräumen. („Sehr richtig!“ bemerkt das Protokoll.)  
Ich weiß, daß nicht nur bei uns, sondern auch an anderer Stelle diese Meinung vorhanden ist, es traut sich nur niemand, das offen auszusprechen.“ („Sehr richtig!“ steht im Protokoll.)

Vorhölzer-Hannover: „Wir wäre es lieber gewesen, wenn die Kommission mit dem ganzen Krepel der Maifeier Schluß gemacht hätte.“ („Zustimmung“ registriert das Protokoll.)

Auf dem Gewerkschaftskongress im Jahre 1905 wurde dann derselbe Faden weiter gesponnen, in etwas größerer Auflage. Mit einem logischen Saktomortale argumentierte da gleich der Berichterstatter, Genosse R. Schmidt. Er sagte u. a.:

Die Arbeiter können durch die Maifeier leicht zu ungelegener Zeit in Kämpfe verwickelt werden. Wann wir kämpfen wollen, darüber müssen wir selbst bestimmen können und nicht die Unternehmer.

Wie kann man in einem Atemzuge erklären: Der Wille der Unternehmer zwingt uns, von der Arbeitsruhe Abstand zu nehmen, wir fügen uns dem Gebot, um selbstherrlich bestimmen zu können, wann wir kämpfen wollen. Da die Unternehmer doch keine Töfel sind, muß man schon damit rechnen, daß sie sich sagen: wir haben die Macht, den Arbeitern in diesem prinzipiellen Falle unsern Willen aufzuzwingen, dann haben wir sie auch in andern Fällen. Doch sehen wir zu, in welcher Weise der Uebermut der Scharfmacher weiter geradezu herausgefordert worden ist, und wie man durch kalte Duschden der Arbeiter Begeisterung für die Maifeier abzukühlen suchte.

Vringmann-Hamburg: „... Nach meinen Erfahrungen hat bisher die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt, wie ein Fremdkörper in dem menschlichen Organismus. ... die Arbeitsruhe am 1. Mai als Programm-punkt der Gewerkschaften ist ein Mittel, um die Gewerkschaften ganz außerordentlich zu schädigen.“

Paul Müller-Hamburg: „Wir sollten um so vorsichtiger sein, als wir uns vorhin mit aller Schärfe gegen den Generalkreuz gewandt haben. Denn was ist denn eigentlich die strikte Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anders als eine Form des Generalkreuzes!“ („Sehr gut!“ vermerkt das Protokoll.)

Leipziger-Berlin: „Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir sagen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai undurchführbar ist.“ („Sehr richtig!“ im Protokoll.) Schließlich bestimmen auf internationalen Kongressen die Engländer, Votuluben und Chinesen, was wir in Deutschland zu tun haben.“

Fritsch-Blegitz: „Würde ich meinen Kollegen in Schlesien sagen, ihr habt von jetzt an alles zu tun, um die Arbeitsruhe durchzuführen, mir würde geantwortet werden: Mensch, du bist wohl verrückt!“

Reichelt-Stuttgart: „Die strikte Durchführung der Arbeitsruhe versteht nicht nur gegen jede vernünftige Taktik der Gewerkschaften, sondern sie ist auch geeignet, unter Umständen auf Jahre hinaus die Organisation lahm zu legen.“

Die nächste Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die einige Wochen später stattfand, lieferte dann wieder noch stärkere Wasserströme für die Scharfmachermühlen.

Cohen-Berlin: „Wenn es eine Torheit gibt, dann ist es die, mit der Feier am 1. Mai irgendeine Forderung zu verknüpfen.“ („Sehr wahr!“ steht im Protokoll.)

Feine-Bremerhaven: „Wir haben vor allem immer unsere Vertrauensleute davor gewarnt, den 1. Mai zu feiern. Wir wußten, daß man in den Betrieben nur darauf wartet, daß die tätigen Kollegen den 1. Mai feiern, um die Möglichkeit zu haben, sie zu mahregeln. Weil dem so ist, darum dürfen wir nicht durch eine Erhöhung der Unterstützungsätze die Kollegen, von denen ich zuerst gesprochen habe, dazu verleiten, daß sie den 1. Mai in noch höherem Maße feiern, als es den Intentionen der Kongressbeschlüsse entspricht. ... Ich habe mich an meinem Tage unsreler gestimmt als am 1. Mai, habe mich aber im Interesse der Organisation für verpflichtet gehalten, am 1. Mai weiter zu arbeiten.“

Cherler-Frankfurt: „Zweifellos besitzen die Unternehmer in der Arbeitsruhe am 1. Mai eine Handhabe, mittels deren sie die Organisation schwer schädigen können.“

Trotz aller bisherigen Bremserei trieb jedoch die Idee der Maifeier vorwärts. Der von Cohen verfaßte Bericht der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes für das Jahr 1906 konstatiert:

„Die diesjährige Maifeier hat im Verhältnis zu früheren Jahren riesige Dimensionen angenommen.“

Es mußte also noch härter — gegen die Arbeitsruhe gefeuert werden, auf dem Gewerkschaftskongress 1908 ließ man denn auch losknallen. Hier einige Scharfschüsse:

Cohen-Berlin: „Angelehnt der immer kostspieliger und umfangreicher werdenden Kämpfe müssen wir die Gewerkschaften davon entlasten, daß sie diesen Ballast, dies Zentnergewicht mit an den Beinen nachschleppen müssen. ... Ich will hier vor dem Kongress offen erklären: in verschiedenen Großbetrieben, in denen wir 1906 eine Aussperrung infolge der Maifeier gehabt haben, ist uns eine zehnjährige Organisations- und Agitationsarbeit vernichtet worden. ... Hier ist die Arbeit von Hunderten und Tausenden unsrer Kollegen zertrümmert.“

Maslatz-Stuttgart (Metallarbeiter): „... Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitsruhe uns kolossal schädigt, und daß gar nicht vorfristig genug vorgegangen werden kann. ... Nein, der eigentliche Grund ist, daß die Organisationen durch die sorgfältigen Maifeiern und Mahregelungen vernichtet und zerstört werden. Wir müssen die Frage der Arbeitsruhe so vorfristig wie möglich behandeln. Am besten wäre es, wir machten überhaupt Schluß damit.“

Hilke-Hamburg (Metallarbeiter): „... Wir haben andre Aufgaben in den Großbetrieben als die „eintägige Revolution“, wie man es heute so schön ausdrückt.“

Vorhölzer-Stuttgart (Metallarbeiter): „... die Arbeitsruhe zum größten Teile schon der Ansicht, daß die Arbeitsruhe besetzt werden muß; es scheint sich nur mancher, der Rage die Schelle umzuhängen.“

So hat man objektiv systematisch nach der Seite gebremst, wo man Begeisterung wecken sollte, und dort hat man das Gefühl der überlegenen Stärke ausgelöst und besetzt, wo man den Willen der Arbeiter zur Geltung zu bringen sich die Aufgabe stellen sollte. Nach der Logik, auf die Arbeitsruhe verzichten zu müssen, weil man sie in den Großbetrieben noch nicht durchsetzen kann, müßte man auch auf die in Klein- und Mittelbetrieben zur Anerkennung gebrachten Forderungen Verzicht leisten, weil an deren Anerkennung durch die Großindustriellen vielleicht noch weniger gedacht werden kann, als an die Durchführung der Maifeier. Hätte man die Arbeit und Mühe, die das Bremsen erforderte, für die Propagierung der Arbeitsruhe angewendet, der heutige Streit wäre nicht nötig. Wenn man den Unternehmern offen sagt: Ihr könnt mit einem Schlage eine zehnjährige Organisationsarbeit zertrümmern, dann darf man nicht glauben, die Unternehmer seien so beschränkt, anzunehmen, ihre Stärke begrenze sich nur auf die Maifeier. Nein, hat das Unternehmertum wirklich die ihm vindizierte Macht, dann hat es sie absolut und kann sie anwenden auch ohne Maifeier. Darin gerade liegt der große Schaden, den die Gegner der Maifeier, durch ihre bekundete Angstmeterei vor dem Unternehmertum, der gesamten Arbeiterbewegung zugefügt haben. Man soll doch nicht so töricht sein, anzunehmen, die Unternehmer würden die ihnen als Feinde der Maifeier zugestandene wirtschaftliche Macht nur gegen diese, und nicht gegen die Arbeiterbewegung überhaupt, ebenso wie gegen jede einzelne Arbeiterforderung ausnutzen.

Ungewollt gewiß, aber effektiv sicher, hat die unablässige Bremserei gegen die Maifeier die Unternehmer moralisch, organisatorisch und materiell gefäkt, der Arbeiterbewegung moralische und materielle Niederlagen eingebracht. Auf diesem Wege darf es nicht weiter gehen!

## Die Parteiorganisation.

Die bürgerliche Presse hofft, daß der Leipziger Parteitag seine Zeit hauptsächlich mit persönlichen Auseinandersetzungen vergeuden wird. Damit wird sie wohl schwerlich auf ihre Rechnung kommen; wenn auch z. B. die württembergischen Hofgänger nicht ohne Rüge davon kommen werden, so ist diese Sache doch lange Debatten nicht wert. Mehr Raum wird voraussichtlich eine Beratung der innerpolitischen Lage und der Taktik der Partei im Anschluß an die Reichsfinanzreform in Anspruch nehmen. Daneben wird aber der Charakter dieses Parteitags besonders durch die Erneuerung des Organisationsstatuts bestimmt werden, woburd er sich den Parteitagen in Halle und Mainz anschließen wird.

In der Entwicklung der inneren Organisation, die schon mehrere Parteitage beschäftigt, zeichnet sich ein wichtiges Stück politische und Parteigeschichte ab. Zum Teil spiegelt sich darin der Wechsel der äußeren Verhältnisse wider, unter denen die Partei kämpfen mußte, zum Teil äußert sich darin eine Entwicklung der eigenen Organisationsgedanken, der demokratischen Anschauungen der Parteigenossen.

In einem andern Lande, wo unter der Herrschaft der bürgerlichen Freiheit auch ein unbeschränktes Vereinsrecht zu den selbstverständlichen Rechten eines jeden Bürgers gehört, entscheiden nur die eigenen Ideen darüber, wie die Menschen ihre Vereine ausbauen. Hier in Deutschland ist es gerade umgekehrt. In diesem Junkerlande sind Bürgerfreiheit und Bürgerrecht immer nur Fremdworte geblieben, ein unverständlicher Schall aus entfernten Ländern. Hier wurde das „Vereinsrecht“, wenn man diesen schönen Namen auf die bürokratischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der „Untertanen“ anwenden darf, immer dem zeitweiligen Bedürfnis einer beschränkten Herrscherklasse angepaßt. Daher hat es sich mit der Entwicklung der Arbeiterbewegung fortwährend umändern müssen. Nachdem es zuerst als Mittel zur gewalttätigen Unterdrückung des Umsturzes angewandt und als untaug-

sch befunden war, wurde es nach dem Fall des Sozialistengesetzes mit wiederholten kleinen Schritten erweitert. Württemberg mußte die Bureaufrauentwillkür Schritt für Schritt vor der steigenden Macht des Proletariats zurückweichen.

So sind die vereinsgesetzlichen Verhältnisse hier im Grunde anders als in anderen Ländern. Dort ist das Recht der Bürger gesetzlich gegen Übergriffe der Regierung und der Verwaltung festgelegt. Unter dem Schutze dieser von einer kräftigen öffentlichen Meinung getragenen Gesetze kann sich jeder Verein wie eine schwache Pflanze im Garten entwickeln. In Deutschland herrscht dagegen auf diesem Gebiet noch das **F a u s t r e c h t**. Die Arbeiterorganisationen haben nicht mehr Recht und nicht mehr Freiheit, als sie sich selbst wie eine Pflanze im Urwald gegen eine Welt von Feinden zu erkämpfen wissen. Nur Respekt vor ihrer Macht hält die Behörden davon ab, sie wie früher zu maßregeln. Wie gern möchten die herrschenden Klassen und die Regierungsorgane die Gewerkschaften und die Partei durch illudische Maßnahmen belästigen und schädigen! Und gewiß hält keine Ehrfurcht vor Gesetz und Bürgerrecht sie davon ab. Aber sie wagen es nicht. Sie wissen, daß sie gegen diese wetterhartesten Sturmproben Bäume nichts machen können. Sie sind gewöhnt, ihre eigene Ohnmacht, damit sie nicht zu offenkundig wird, gesetzlich festzulegen und den Arbeitervereinen gesetzlich zu gewähren, was diese sich tatsächlich schon im Kampfe erworben haben.

Unter solchen Umständen ist jede Aenderung der Vereinsgesetze ein Abbild der Machtvergrößerung des Proletariats; und in den wiederholten dadurch bewirkten Aenderungen unseres Organisationsstatuts bekundet sich nicht eine Anpassung an zufällig wechselnde äußere Umstände, sondern die wachsende Bewegungsfreiheit, die wir uns selbst erkämpfen. Nach dem mißlungenen Kollerischen Anschlag auf die Parteiorganisation im Jahre 1895 wurde das Gesetz, das politischen Vereinen verbot, miteinander in Verbindung zu treten, aufgehoben, und die Partei registrierte diesen Sieg in der in Mainz beschlossenen Organisation. Jetzt hat das neue Reichsvereinsgesetz die Verschiedenheit der in den einzelnen Staaten geltenden Bestimmungen beseitigt, die unser Wachstum schon längst nicht mehr aufhielt, und die politische Unmündigkeit der Frauen aufgehoben, die nur die politische Tätigkeit der bürgerlichen Frauen lähmte. Dieses Gesetz gestattet unserer Partei eine einheitlichere und festere Organisationsform. Zum erstenmal kann jetzt im § 1 des Entwurfs die Mitgliedschaft zu einer Parteiorganisation als Merkmal der Parteizugehörigkeit aufgestellt werden.

Aber damit ist der Charakter des Organisationsstatuts nicht erschöpft. In ihm zeigt sich zugleich, wie immer mehr das Schwergewicht von den Führern und Vertretern in die Masse selbst verlegt wird.

Unter dem Sozialistengesetz konnten nur die geheim gewählten Reichstagsabgeordneten im Namen der Partei auftreten und öffentlich den Haß und die Erbitterung der Massen zum Ausdruck bringen. Nachher durfte die Partei als solche noch keine Organisation sein; nur die Vertrauensmänner stellten eine lose Verbindung her. Die Massen selbst geboten nicht unmittelbar über die Entscheidungen der Parteitage. Ein Parteitag konnte nur eine Zusammenkunft von Personen sein, die nach eigenem Ermessen entschieden und dazu die Autorität aus ihrem Charakter von gewählten Vertretern hernahmen. Delegierte, Vorstands- und Fraktionsmitglieder stimmten bunt durcheinander; sie waren alle in gleichem Maße Vertrauensmänner. Die Delegiertenzahl, also auch die Stimmenzahl jedes Kreises war der Willkür überlassen.

So wenig diese ganze Sachlage den Aufstieg der Partei hemmen konnte, so wenig schädete der letzte Umstand, so lange die Partei im Grunde aus gleichdenkenden Personen besteht. Sobald sich aber in ihr Richtungsverschieblichkeiten zeigen, die tieferen Verhältnissen entspringen, kann er zu Anzuträglichkeiten führen. Die besonders große Delegiertenzahl Bayerns und Brandenburgs auf dem Nürnberger Parteitag zeigte die Gefahr einer solchen Regellosigkeit. In dem Organisationsentwurf des Parteivorstands ist deshalb die Delegiertenzahl nach der Mitgliederzahl einer Kreisorganisation beschränkt. Damit wird also diese letzte Anzahl als maßgebend anerkannt, allerdings nur erst zaghaft, denn an der Verwirklichung des demokratischen Prinzips, das jedem Mitglied den gleichen Einfluß gewährt, fehlt hier noch vieles. Einen weiteren Schritt in dieser Richtung, der den Vorstands- und Fraktionsmitgliedern das Recht zum Mitsprechen nehmen würde, hat der Vorstandsentwurf als einen zu großen Bruch mit der Tradition angesehen. Auf diesen Punkt beziehen sich aber die meisten Abänderungsvorschläge; hier zeigt sich das Streben weiter Parteireise, den Parteitag zu einer reinen Vertretung der Parteimitglieder zu machen, die durch Austräge an ihre Delegierten über die Entscheidungen der Partei unmittelbar gebieten sollen. In einigen ausländischen Parteien ist dieses Prinzip noch strenger durchgeführt; da wird auf dem Parteitag nicht nach Köpfen abgestimmt, sondern nach Kreisen, und die Delegation jedes Kreises bringt dabei eine der Mitgliederzahl entsprechende Anzahl Stimmen auf; auch werden wichtige Parteitagsbeschlüsse nachher noch der Urabstimmung unterworfen.

Hier bleibt also noch für später an der inneren Organisation genug auszubauen. Außerdem gilt noch immer, was Auer in Mainz sagte: Nicht auf den Buchstaben der Paragraphen kommt es an, sondern auf den Geist, der das Ganze durchweht. Daß die Masse immer mehr ihr eigenes Geschick selbst in die Hände nimmt, ist eine Tatsache, die aus der gesellschaftlichen Entwicklung entspringt, und sich durchsetzt; das Organisationsstatut kann nicht mehr als dieser Tatsache einen mehr oder weniger vollkommenen Ausdruck geben.

## Hus der Partei.

Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie in Oesterreich. Der am 5. September in Prag eröffnete Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie wurde am 8. September geschlossen. Ueber die parlamentarische Tätigkeit referierte Genosse Dr. S o u k u p, der hervorhob, daß die Bureaufrauent das Haus des allgemeinen Wahlrechts bedrohe. In der Debatte wurde der Versuch P e r n e r s gemacht, beim Kaiser und der Hofkanzlei der tschechischen Abgeordneten, die sich bei der Vertiefung der

Thronrede beteiligten, gerügt. Schließlich wurde der Fraktion in einer Resolution das Vertrauen ausgesprochen.

In seinem Referat über die Nationalitätenfrage führte Genosse Dr. S e r e l a u s, daß das P r i n z i p der Nationalitätenprogramm erweitert werden müsse. Die hierzu eingebrachte Resolution lautet:

Der Kongress beauftragt die Parteivertretung, in Verbindung mit den Parteivertretungen der anderen Nationen in Oesterreich in Verbindung zu treten, damit das vom Brünnener Parteitag im Jahre 1899 beschlossene nationale Programm erweitert, derart konkret und detailliert ausgearbeitet werde, daß es für die Zukunft die Grundlage nicht nur einer einheitlichen Auffassung der nationalen Angelegenheiten, sondern auch einer einheitlichen politischen Praxis aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich bilde.

Nach einer längeren Debatte wurde diese Resolution angenommen, es folgten hierauf die Referate über den Punkt das flache Land und die Sozialdemokratie. Die Referenten S a b e r m a n n und M e i s t e r behandelten die Wirkungen der Zollpolitik auf die Landwirtschaft und das Verhältnis der Großbauern zu den Häuslern in der Verwaltung der Landgemeinden. Dr. M e i s t e r beantragte eine Resolution, in der die sozialdemokratischen Vertreter in den ländlichen Gemeindevertretungen aufgefördert werden, ihre besondere Aufmerksamkeit der Erhaltung des Gemeinvermögens zuzuwenden. Wo Weideland im Eigentum der Gemeinde ist, soll es der ärmeren Bevölkerung unentgeltlich oder gegen eine geringe Gebühr überlassen werden. Ebenso sollen Grundstücke der Gemeinde den ärmeren Einwohnern in Pacht gegeben werden. Ferner beantragt er, die Organisation der Häusler zu unterstützen und ihr Fachblatt in das Eigentum der Partei zu übernehmen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ueber das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Landtage und Gemeindevertretungen referierte Genosse N e m e c. Er beantragte eine Resolution, worin die Parteivertretung aufgefordert wird, im Einvernehmen mit der Landesregierung alle Vorbereitungen zu treffen, damit eine energische Agitation für die Erreichung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den böhmischen Landtag, sowie für die Bezirks- und Gemeindevertretungen eingeleitet werde.

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen und der Parteitag nach Erledigung der letzten Geschäfte geschlossen.

## Vereine und Versammlungen.

### Die Brauereiarbeiter

Hielten am 4. September im Volkshaus eine Versammlung ab, in der über die Verhandlungen mit dem Brauereiverein über die Entlassung von Arbeitern Bericht erstattet wurde. Hierzu führte A n b o r n an: Nachdem die Reichstagsmehrheit eine Entschädigung der infolge der Steuererhöhung existenzlos gewordenen Brauereiarbeiter abgelehnt hatte, leitete der Hauptvorstand Verhandlungen mit dem Deutschen Vorkontrollverband für Brauereien und dem Schutzverband der Brauereien für das Norddeutsche Brauereigebiet ein. Diese führten zu dem Ergebnis, daß die Leistungen dieser Unternehmerorganisationen an ihre Unterverbände die Empfehlung richteten, die Entlassung von Arbeitern bis zum 31. Mai 1910 möglichst einzuschränken. Da hierauf bezügliche Vereinbarungen den Lokal- bzw. Bezirksorganisationen beider Teile überlassen wurden, wandte sich der Vorstand der Zahlstelle an den Brauereiverein Leipzig. Nach vorangegangenen Verhandlungen wurde ein Abkommen getroffen, wonach außergewöhnliche Ausstellungen von Arbeitern bis zum 30. April 1910 nicht erfolgen sollen, wenn der aus Anlaß der Brausteuer- und Bierpreisrückbildung eintretende Konsumrückgang die Höhe von 15 Proz. bei Großbrauereien und 10 Proz. bei Brauereien unter 2000 Zentner Malzverbrauch nicht überschreitet. Das Abkommen tritt außer Wirksamkeit im Falle der Verrückung des Konsums über die betreffenden Brauereien durch die organisierte Arbeiterkraft. Die Vereinbarung fand die einmütige Zustimmung der Versammlung. Unter dem zweiten Punkt der Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage in unserm Berufe, wurden mehrere Fälle zur Sprache gebracht, aus denen hervorging, daß im jetzigen Zeichen der Bierpreisbewegung insbesondere das Fahrpersonal schweren Beschimpfungen durch die Konsumenten ausgesetzt sei. Selbst vor Steinwürfen auf Bierfahrer scheue man nicht zurück. Es sei beschämend, feststellen zu müssen, daß es organisierte Arbeiter seien (H), die sich zu diesem nicht scharf genug verurteilenden Vorgehen gegen ihre eigenen Klassenangehörigen hinreißen ließen. Die Tatsache, daß die Wirte trotz ihres Beschlusses, Bier nur zu alten Preisen zu kaufen und zu verkaufen, die Erhöhung von 250 Mk. für bayerische Biere anstandslos bezahlten, schlichte eine Inkonsistenz in sich. Durch einen Bestwechsel der Brauerei Midau u. Co. machten sich Verhandlungen mit der jetzigen Geschäftsleitung nötig, die voraussichtlich in den nächsten Tagen zur Anerkennung eines Tariffs führen werden. Mit den Vorbereitungen für das Wintervergnügen, das im neuen Saale des Volkshauses stattfinden soll, wurden die Kollegen Kiefler, Beierlein und Scheel beauftragt. Dem Vorschläge des Vorstandes, für die Erledigung von geschäftlichen Angelegenheiten im Bureau eine Sprechzeit einzuführen, stimmte die Versammlung zu. Die Sprechzeit wurde auf die Zeit von 12 bis um 1 Uhr mittags und von 8 bis um 8 Uhr abends festgesetzt mit dem Bemerkten, daß bringende Sachen während der Bureauszeit immer entgegengenommen werden. Den arbeitslosen und kranken Mitgliedern wurde nahegelegt, zur Entgegennahme ihrer Unterstützung sich Sonnabends, möglichst in den Vormittagsstunden, im Bureau einzufinden.

### Gemeindearbeiter.

Am 4. d. M. tagte eine stark besuchte Versammlung der städtischen Straßenreiner mit der Tagesordnung: 1. Die Beschimpfung durch die Leipziger Neuesten Nachrichten und unsere Antwort darauf. 2. Die Antwort auf unsere letzte Vorkommnisse. 3. Gewerkschaftliches. Nachdem der Referent, Kollege S c h u c h a r d t, das Gebaren und die Tendenz der bürgerlichen Presse den Anwesenden klar gemacht hatte, kam er zu dem Schluß, daß nicht geleugnet werden könne, daß dem jetzigen System der Straßenreinigung große Mängel anhaften, deren Abstellung nicht nur in unserem Interesse liegen, sondern auch sehr wohl die Kritik der Passanten herausfordern könne. Nur dürfe von jener Seite erwartet werden, daß man auch dem eigentlichen Schuldigen, dem Rat zu Leibe gehe und nicht auf die Arbeiter loslasse, die unschuldig daran seien. Darin liege eben auch die Verantwortung solcher Einsendungen wie der in den Neuesten Nachrichten. Die Diskussion setzte sehr lebhaft ein und richtete sich in allem gegen das Gebaren in den Neuesten Nachrichten. Solche Beschimpfungen dürfe man sich auf keinen Fall gefallen lassen. Es sei keine Kunst, die Straßenreiner, die der Kontrolle von Kretsch und Pleich ständig und tagtäglich unterständen, der Faulheit zu bezichtigen, wenn sie einmal ihre erschöpften Glieder, die von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr in Bewegung gehalten werden müßten, bei Hitze, Kälte und Regen, ausstreckten. Die Tätigkeit der Kritiker verberge sich allerdings vor den Augen des großen Publikums, das berechtigte jedoch nicht, andere als Faulenzer zu stempeln. Folgende Resolution wird sodann einstimmig angenommen: „Die am 4. September tagende, überaus stark besuchte Versammlung der städtischen Straßenreiner protestiert mit Entschiedenheit gegen die von Zeit zu Zeit in den Leipziger Neuesten Nachrichten erfolgten Verunglimpfungen. Die Versammelten erklären sich vollinhaltlich mit der von der Verbandsleitung erlassenen Gegenerklärung in der Leipziger Volkszeitung, wie auch den sonstigen darauf gerichteten Maßnahmen einverstanden. Sie verpflichten sich, für eine tatkräftige Unterstützung der Organisation, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, einzutreten, um dem Verfall der städtischen Straßenreiner in Zukunft

bazustehen. Für weitestmögliche Klärung unter den Kollegen über die Organisation, wie über die Arbeiterpresse versprechen die Versammelten besorgt zu sein. Sie betrachten es als Ehrenpflicht aller Kollegen, dem Organ, das sie verunglimpft, die verdiente Antwort durch Abbestellung des Abonnements zu geben und dafür die Arbeiterpresse, die Leipziger Volkszeitung, zu abonnieren.“

Zu der Antwort des Rates auf die letzte Vorkommnisse ist zu konstatieren, daß damit der Rat von neuem den Beweis der Sparsamkeit an Arbeiterlöhnen erbracht hat. Eine Klusht in der Diskussion, in diesem Jahr von der weiteren Stellung von Forderungen abzusehen, da wenig Aussicht auf Erfolg vorhanden sei, wurde als verkehrt bezeichnet und an dem Beispiel der Beamten gezeigt, daß wir noch viel lauter schreien und in den Eingaben derber werden müßten, um mehr Erfolge zu erzielen. Beschlossen wurde deshalb, wieder um Erhöhung der Löhne nach den alten Grundsätzen vorstellig zu werden und unterdessen kräftig zu agitieren, damit in Zukunft die Forderungen energischer vertreten werden können.

### Die Münchner Leipziger

Hielten am 4. September ihre monatliche Mitgliederversammlung ab. Genosse Karl P i n k a u hielt einen Vortrag über Londoner Straßenschilder, der mit Beifall aufgenommen wurde. Als Kandidat zum Verbandsvorsitzenden wurde Kollege K e i s t e r - F r a n k f u r t a. M. einstimmig gewählt. Mitgeteilt wurde noch, daß zurzeit statistische Listen zirkulieren, die wahrheitsgemäß auszufüllen sind.

### Holzarbeiter.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Holzarbeiter tagte am 7. September im Sanssouci. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen Susanna und Faust in der üblichen Weise geehrt. Genosse P i n k a u sprach hierauf über: Zoll und Handelspolitik. Der Redner zeigte an der Hand reichen Zahlenmaterials, welche enorme Steuerungen dem Volke durch die Zollgesetzgebung der herrschenden Klassen auferlegt werden. Für seine Ausführungen erntete er reichen Beifall. Bei der Erziehung zur Waldverwaltung wurde Kollege V. G ö r t l i g mit 300 von 480 abgegebenen Stimmen gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde zunächst debattiert der Beitrag für jugendliche Mitglieder bis zu 17 Jahren auf 50 Pfg. pro Woche unter Wegfall des Lokalbeitrags festgesetzt, und zum Herbstfest, das am 9. Oktober im Volkshaus stattfindet, ein Komitee von 12 Kollegen gewählt. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß in diesem Jahre eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Holzarbeiter aufgenommen werden soll. Das Material hierzu wird in der Delegierten-Versammlung verabschiedet, die am 17. September stattfindet. Einer Einladung der Zahlstelle Wurzen zum 10jährigen Stiftungsfeste am 12. September zu folgen, treffen sich die beteiligten Kollegen mittags 1,42 Uhr am Dresdener Bahnhof. Mit lebhafter Bewunderung wurden die Ausführungen über die Arbeitsvermittlung im Versammlungsbericht der Glaser erörtert. Dieser dort gegen unsere Organisation ausgesprochene Vorwurf bezog, daß man in nicht zu verstehender Weise von den Glasern versucht, unsere Organisation herabzusetzen. Bisher ist uns weder mündlich noch schriftlich eine Beschwerde über event. Wahrnehmungen zugegangen; dies müßte anständigerweise gegen eine befreundete Gewerkschaft geschehen, ehe man über einseitig untersuchte Fälle öffentlich Kritik übe. Wir müssen es entschieden zurückweisen, daß unsere Mitglieder die Interessen der Glaser schädigen. Diese Angelegenheit wurde der Lokalverwaltung zur weiteren Erledigung überwiesen. Eine kurze Aussprache entspann sich nach der Mitteilung, daß die für den Malzband gesammelten Gelder prozentual an die Gewerkschaften zurückgezahlt werden sollen. Ferner wurde noch bekannt gegeben, daß der genugsam bekannte Bauunternehmer Rachel wiederum 8 organisierte Kollegen um ca. 700 Mk. Lohn geprellt habe. Bedauerlich ist, daß die Kollegen ohne Wissen der Organisation in solchen Arbeitsverhältnissen stehen. Nach der Bekanntgabe eines Zirkulars der Gewerkschaften, in dem die Arbeiterschaft gebeten wird, den Kontrollkarten — im 3. Quartal weiß mit blauem Druck — mehr Beachtung zu schenken, wurde die Versammlung geschlossen.

## Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

### Montag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gedrungen mit Rindfleisch.  
Speiseanstalt II (Zöfengasse 1): Rindfleisch mit Rindfleisch.  
Speiseanstalt III (Mühlengasse): Rindfleisch mit Schwarzkraut.  
Speiseanstalt IV (Riegelstraße): Rindfleisch mit Schwarzkraut.  
Speiseanstalt V (Wagnerstr. 55): Rindfleisch mit Schwarzkraut.  
Speiseanstalt VI (Krebs, Galtische Str.): Weiße Bohnen mit Schwarzkraut.

**Partei-Sekretariat** für den XIII. sächs. Reichstagswahlkreis  
Bureau: Volkshaus Leipzig, Zeiher Str., Portal rechts, 1. Etage.  
Schäfts- und Auskunftsstelle für alle den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis betreffenden Angelegenheiten. — Sprechzeit: Nur an Wochentagen mittags von 12—1 Uhr und nachmitt. von 5—8 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von 9—4 Uhr — Telefon 14610.

Orient-Tabak- u. Cigarettenfabrik „Yenidze“ Inhaber: Hugo Zietz Dresden.

Deutschlands grösste Fabrik für Handarbeit-Cigaretten.



Spezialmarke:

Salem Aleikum-Cigaretten

Keine Ausstattung, nur Qualität

Preise: Nr. 3 4 5 6 8 10  
3 1/2 4 5 6 8 10 das Stück.